

Streit um geplantes Ustascha-Denkmal.
Landeshauptmann Haider unterstützt den Plan der kroatischen Regierung. Die SPÖ und Slowenen-Vertreter sind strikt dagegen.

Bleiburg - Im kärntnerischen Bleiburg im Bezirk Völkermarkt soll ein Denkmal für die 1945 getöteten Anhänger des faschistischen kroatischen Ustascha-Regimes errichtet werden. Dafür will die kroatische Regierung um 125.000 Euro ein 14.230 Quadratmeter großes Grundstück bei Bleiburg kaufen. Bleiburgs Bürgermeister Stefan Visotschnig (SP) begrüßt den Plan. Auch Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider (FP) hat keine Einwände. Es sollte "nicht verheimlicht werden", dass Kärnten damals Schauplatz schrecklicher Ereignisse gewesen sei.

"Keine neuen Denkmäler"

SP-Vorsitzender Peter Ambrozy sieht hingegen "keinen Grund für die Errichtung neuer Denkmäler". Er will auch den Bleiburger Bürgermeister von seinem Standpunkt überzeugen. Auch die Kärntner Slowenen haben mit dem Plan keine Freude, die kroatische Regierung habe sich damit "in ein Fettnäpfchen gesetzt", so Joze Wakounig vom Rat der Kärntner Slowenen.

Die Ustaschi hatten im Zweiten Weltkrieg an der Seite Hitlers gekämpft. Im Mai 1945 war es in der Umgebung von Bleiburg zu einem der letzten Gemetzel des Zweiten Weltkrieges gekommen. Nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands flüchteten etwa 40.000 Ustascha-Soldaten vor den jugoslawischen Partisanen nach Österreich. Hier ergaben sie sich der britischen Besatzungsmacht. Die Briten jedoch schickten die Ustaschi zu den neuen Machthabern unter der Führung von Josip Broz Tito zurück. Unzählige Ustaschi wurden beim Rückzug auf dem Bleiburger Feld von jugoslawischen Partisanen getötet.

Erst vor wenigen Tagen hatte die in Kroatien regierende Partei HDZ (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) Kroaten im Ausland aufgefordert, keine Denkmäler mehr für das faschistische Ustascha-Regime zu errichten, das von vielen Kroaten noch immer verherrlicht wird. Schon seit 1945 werden bei Bleiburg jährlich Gedenkmessen gefeiert. Seit der Unabhängigkeit Kroatiens 1991 nehmen auch hochrangige Regierungsmitglieder aus Zagreb daran teil.

Presse, 6.9.2004, S.9